

# Deutschland digit@l

Beschluss des Deutschlandtages  
Koblenz, 22.10.2000

# Inhaltsverzeichnis

<b>A</b>	<b>Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>B</b>	<b>Digitale Konvergenz - Neue Rahmenbedingungen für alle elektronischen Medien</b>	<b>4</b>
	1. Harmonisierung der Medienaufsicht	4
	2. Private Investitionen fördern und gleichberechtigten Zugang zu allen Übertragungswegen sicherstellen	4
	3. Effektive Konzentrationskontrolle	5
<b>C</b>	<b>Neue Medien - "Internet für alle!"</b>	<b>5</b>
	1. Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Internetversorgung	5
	2. Rechtliche Rahmen an Entwicklung anpassen	6
	3. Gezielte Maßnahmen für mehr Internet in Deutschland "Internet für alle"- Programmpaket auflegen	7
	4. Internetkriminalität national und international bekämpfen	7
	5. Jugend schützen	8
	6. Internetdienst- und Softwareanbieter in die Verantwortung mit einbeziehen	8
<b>D</b>	<b>Rundfunk - Ein Bekenntnis zum dualen System</b>	<b>8</b>
	1. Öffentlich-rechtlichen Grundversorgungsauftrag definieren	8
	2. Zurückhaltung bei weiteren Werbeverböten und Werbeeinschränkungen für Private	9
	3. Rundfunkgebühren durch eine Infrastrukturabgabe ersetzen	10
	4. Auslandsrundfunk (Deutsche Welle) stärken	10
<b>E</b>	<b>Wissen - Produktionskraft der Zukunft</b>	<b>10</b>
	1. Bildungsauftrag Informationstechnik & Medienkompetenz	11
	2. Kooperation mit der Privatwirtschaft	12
	3. Medienpädagogik ausbauen	12
	4. Schule als Medienraum	13
	5. Spitzenforschung im Cyberspace	13
	6. Förderung des Lebenslangen Lernens	14
<b>F</b>	<b>Arbeit</b>	<b>14</b>
	1. Internet als Wachstumsmotor nutzen	14
	2. Verkrustete Rahmenbedingungen optimieren	14
	3. Arbeitswelt modernisieren	15
<b>G</b>	<b>Internet &amp; Politik</b>	<b>15</b>
	1. E-Demokratie	15
	2. Parteien	16
	3. Parlamente	16
	4. E-Personalausweis mit digitaler Signatur	17
	5. Verwaltung	17

# A Einleitung

Neue Kommunikationsformen, veränderte technische Voraussetzungen sowie der grundlegende Wandel zur Informationsgesellschaft sind Bestandteil der sogenannten „Digitalen Konvergenz“, die das stetige Zusammenfließen von Text, Ton, Bild und anderen Daten (Multimedia) beschreibt.

Die Politik ist gehalten, sich mit den diesen Entwicklungen einhergehenden strukturellen und gesellschaftspolitischen Änderungen und Fragestellungen schnell, flexibel und supranational auseinanderzusetzen.

Die Net Economy verspricht mit rasanten Wachstumsraten viele positive Auswirkungen. Mit zunehmendem Maß wird unser Land seinen Wohlstand und seine Arbeitsplätze aus dem geistigen Kapital und dem Know-how bei Forschung und Entwicklung schöpfen. Politische Willensbildung und demokratische Bürgerbeteiligung können durch elektronische und digitale Medien neue Möglichkeiten erfahren. Neben diesen Chancen birgt der Fortschritt des Medienmarktes aber auch Risiken: Trennung der Gesellschaft in einen Teil, der die Vorteile der Vernetzung nutzt und in einen anderen, der sie nicht nutzen kann oder will und so ins Abseits gerät. Der unkritische Umgang mit Informationen kann auch zur Manipulierbarkeit führen. Ebenso muss auf Fragen des Jugendschutzes und neue Formen der Kriminalität im virtuellen Raum reagiert werden. Politik, Wirtschaft aber auch jeder Einzelne sind aufgefordert, die Chancen zu begreifen und die Risiken zu vermeiden.

Aktualität und ständige Verfügbarkeit von verlässlichen Informationen sind in den Bereichen Politik und Wirtschaft mittlerweile unabdingbare Grundlagen jeden Handelns. Auch im Privatleben gewinnen die Informationsmöglichkeiten durch die elektronischen Medien an großer Bedeutung. Die Information wird zur zentralen "Ware" unserer Gesellschaft. Die Verbreitung und Nutzung elektronischer Medien steigt stetig; die Zahl der Berufstätigen in den Medienbranchen steigt ebenfalls. Wir leben bereits in einer Informationsgesellschaft. Die Politik muss sie aktiv gestalten und kritisch begleiten.

Die Medien sind heute eine bestimmende Macht in der politischen Kultur unseres Landes. Die Verantwortung derjenigen ist gewachsen, die Informationen in die Kanäle der Massenkommunikation einspeisen. Haben noch vor zwei Jahrzehnten öffentlich-rechtliche Rundfunkräte über den größten Teil der elektronischen Publikationen gewacht, ist heute der Informationsanbieter im wesentlichen allein verantwortlich. Die Macht der Medien beruht auch auf der Unüberschaubarkeit politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge und dem riesigen Angebot im Medienbereich. Die Verarbeitung dieser Informationsflut ist für viele nicht mehr leistbar.

Der Journalist soll ein Vermittler komplizierter und komplexer Sachverhalte sein, die er dem Leser, Zuhörer oder Zuschauer erklärt, veranschaulicht und kommentiert. Hoher Konkurrenzdruck, wachsende Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung, gestiegene Nachfrage nach unterhaltender Information und die Komplexität bestimmter Ereignisse und Themen führen dazu, dass diese Aufgabe oft nur unter schwierigen Bedingungen geleistet werden kann und so die Berichterstattung leidet. Objektivität und Vertrauen auf die Wahrhaftigkeit der Information gehören jedoch zu den Schlüsselkriterien bei der Bewertung von Informationen.

Medienbeteiligungen von politischen Parteien bergen die unbestreitbare Gefahr von Medienmanipulation. Die unabhängige Presse hat eine wichtige Kontrollfunktion, die nicht gefährdet werden darf. In der DDR waren die von der SED beherrschten Medien Garant für Falschinformation und Machterhalt eines Unrechtsregimes. In diesem Zusammenhang muss auch die Beteiligung politischer Parteien an Medienorganen in der Bundesrepublik kritisch geprüft werden. Die SPD ist die einzige Partei, die solche Beteiligungen in großem Umfang hält. Sie kann damit Einfluss auf Hörfunksender und auf fast 20 Tageszeitungen mit einer täglichen Auflage von 2,5 Millionen Exemplaren nehmen. Aus diesem Grund fordert die Junge Union ein prinzipielles Verbot von Medienbeteiligungen von Parteien, politischen Stiftungen und Wählervereinigungen. Parteizeitungen, die eindeutig für jedermann als solche erkennbar sind, bleiben hiervon unberührt.

Selbst in unserer schnelllebigen Zeit gibt es ein beständiges Wissen, das den Menschen in die Lage versetzt, sich zu orientieren und mit Informationen umzugehen. Dabei reicht es nicht aus zu wissen wo man etwas nachlesen oder im Internet herunterladen kann. Eine solche Download-Gesellschaft wäre eine Gesellschaft mit eingeschränkter Kommunikation, in der nicht mehr zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterschieden wird. Eine zentrale Herausforderung in der Informations- und Wissensgesellschaft ist daher eine Erziehung, die Wertorientierung, Wahrnehmungs- und Urteilsvermögen, Verantwortungsbewusstsein und schöpferische Kräfte von Kindern und Jugendlichen ausbildet und entfaltet. Voraussetzung für den Umgang mit Masseninformation ist ein solides Grundwissen und ausreichende Medienkompetenz. Breites

Wissen ist die unerlässliche Voraussetzung für die Fähigkeit, Zusammenhänge zu begreifen. Daher ist Wissen mehr als nur die Sammlung von Informationen, sondern auch das Gewichten und Bewerten derselben.

Die Junge Union Deutschlands will das Informationszeitalter mitgestalten. Die wesentlichen Bausteine die neuen Herausforderungen zu meistern, sind für die Junge Union neben Bildung, ein flexibler Ordnungsrahmen, eine leistungsfähige Infrastruktur, geeignete Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene und die Bereitschaft, mit neuen Technologien verantwortungsvoll umzugehen, aber auch wirkungsvolle Sanktionsmechanismen für diejenigen, die der gemeinsamen Verantwortung nicht gerecht werden.

## **B Digitale Konvergenz - Neue Rahmenbedingungen für alle elektronischen Medien**

Erweiterte Möglichkeiten im Bereich der digitalen Technik führen dazu, dass der Transport von elektronischen Inhalten auf bislang getrennten Wegen sich künftig auf einem Träger in digitaler Form vereinen wird (Konvergenz). Die Konvergenz der Dienste und der Techniken löst die Unterscheidung in Tele-/Medien Dienste und Rundfunk auf. Das Internet ist mit den Bestimmungen des Mediendienste-Staatsvertrages und des Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetzes weitgehend dereguliert, der Rundfunkmarkt dagegen ist überwiegend reguliert. Mit größeren Übertragungskapazitäten wird es zwischen Internet und Rundfunk zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen kommen. Die Junge Union hält es für dringend geboten, die Entwicklung der Konvergenz vorausschauend fortzuschreiben und den Ordnungsrahmen auf europäischer und internationaler Ebene gesellschaftsverträglich und wirtschaftsfreundlich an die Entwicklungen anzupassen. Bereits existierende Regulierungsprinzipien müssen überprüft und gegebenenfalls erneuert werden.

Politische Zielsetzung muss die Förderung eines offenen und wettbewerbsorientierten europäischen Marktes für Kommunikationsdienste sein. Die oft zur Überregulierung neigende EU muss in diesem Markt besonders sensibel und behutsam vorgehen. Durch Deregulierung und Liberalisierung können langfristig die wirtschaftlichen Potentiale der neuen konvergenten Medienentwicklung nutzbar gemacht werden.

Soweit Regulierungsmaßnahmen notwendig sind, müssen sie

- die Rechtssicherheit auf internationaler Ebene schaffen,
- auf klar definierten politischen Zielen beruhen (z.B. Stärkung des ländlichen Raums, Mittelstandsförderung),
- auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt bleiben,
- technologieneutral ("vergleichbare Inhalte gleich regulieren"),
- so nahe wie möglich an der betroffenen Ebene geregelt sein,
- international abgestimmt sein,
- in bezug auf die Massenmedien eine Vielfalt der Angebote gewährleisten, und die Ausbildung von Informationsmonopolen zu verhindern.

### **1. Harmonisierung der Medienaufsicht**

Da eine sichere Zuordnung des jeweiligen Dienstes zu den Telediensten oder Mediendiensten derzeit nicht zuverlässig möglich ist, prägt erhebliche Rechtsunsicherheit die aktuelle Situation. Mit zunehmender Konvergenz wird diese Rechtsunsicherheit steigen. Eine Harmonisierung der Medienaufsicht ist dringend notwendig. Die Junge Union fordert einen einheitlichen europäischen Ordnungsrahmen für Information, Kommunikation und Medien begleitet durch die Verankerung der entsprechenden Aufsicht über diesen Rahmen bei den deutschen Bundesländern.

### **2. Private Investitionen fördern und gleichberechtigten Zugang zu allen Übertragungswegen sicherstellen**

Für eine erfolgreiche digitale Zukunft sind zum Aufbau moderner Infrastrukturen hohe Investitionen notwendig. Diese Aufwendungen werden auf dem Markt jedoch nur dann getätigt, wenn Rechts- und Planungssicherheit besteht. Im Hinblick auf das digitale Fernsehen ist diese Voraussetzung zur Zeit in

Deutschland noch nicht gegeben. Gerade bei der Entwicklung digitaler Plattformen müssen die unternehmerischen Handlungsspielräume möglichst groß gehalten werden. Wettbewerbsrechtliche Gesichtspunkte sollen dabei im Vordergrund stehen.

Um technische Entwicklungen nicht zu bremsen, müssen Monopole, wie sie heute noch bei dem Betreiben der Schmal- und Breitbandkabel bestehen, möglichst bald aufgelöst werden. Ein Missbrauch von Marktpositionen durch Unternehmen, die sowohl Transport als auch Inhalte anbieten, muss unterbunden werden, damit Anbieter reiner Inhalte nicht benachteiligt werden.

Die Junge Union fordert,

- dass ein diskriminierungsfreier und fairer Zugang zu den Übertragungswegen in Deutschland und Europa gewährleistet wird;
- dass risikofreudige und innovative "first mover"-Unternehmungen gefördert werden und die Wettbewerbsaufsicht den anschließenden Zugang weiterer Marktteilnehmer sicherstellt;
- dass Infrastruktureinrichtungen, die der Verbreitung von elektronischen Medieninhalten dienen und sich in öffentlicher Hand befinden, privatisiert werden;
- dass die terrestrische Verbreitung von Fernsehen nicht wie vorgesehen bis zum Jahr 2010, sondern schon bis zum Jahr 2005 auf die digitale Technik umgestellt wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert entsprechende Pilot- und Modellprojekte aufzulegen und einen entsprechend überarbeiteten Zeitplan vorzulegen.

### **3. Effektive Konzentrationskontrolle**

Seit der Reform des Rundfunkstaatsvertrages von 1997 überprüfen die unabhängigen Sachverständigen der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) den Wettbewerb der privaten Anbieter. Ein Anteilseigner darf nicht mehr als 30 Prozent der Zuschauerkontakte auf sich vereinen. Während die Reform zwar die Transparenz im Mediensektor erhöhte, führte sie gleichzeitig zu einem hohen Verwaltungsaufwand. Erschwerend wirkt, dass hier Kompetenzüberschneidungen mit dem Bundeskartellamt möglich sind.

Eine umfassende Reform der deutschen Medienaufsicht darf sich nicht nur auf eine Überwachung der reinen Tätigkeit der Medienkonzerne beschränken. Auch im Medienkartellrecht müssen Verwaltungsaufwand, Gremienwirrwarr und Kompetenzschungel beseitigt werden. Die Junge Union fordert daher die Auflösung der KEK und eine Integration des Medienkartellrechts in die neu zu schaffende Bund-/Länderanstalt. Damit sie als besondere Kartellbehörde anders als das Bundeskartellamt besser Rücksicht nehmen kann auf die für den demokratischen Prozess schlechthin konstituierende Bedeutung der Medienkonzerne, muss sie zudem mit besonderen medienkartellrechtlichen Ermächtigungsgrundlagen ausgestattet werden.

## **C Neue Medien - "Internet für alle!"**

Im Zentrum der neuen Medien steht das Internet. Während in Deutschland Anfang 2000 nach Schätzungen nur 18 Prozent der Bevölkerung (GfK 8/2000) Zugang zum Internet hatten, waren in den USA bereits 60 Prozent, in Schweden 40 Prozent und in Großbritannien immerhin 22 Prozent online. Für diesen Rückstand gibt es verschiedene Gründe: Angst vor technischen Neuerungen, Dominanz der englischen Sprache, mangelndes Vertrauen in die Sicherheit von Onlinetransaktionen, möglicher Missbrauch persönlicher Daten, Unterversorgung mit Endgeräten und vergleichsweise hohe Onlinekosten.

Das Internet wird vornehmlich von jüngeren Menschen genutzt. Die Junge Union ist der Ansicht, dass eine Spaltung der Bevölkerung in einen Teil, der neue digitale Techniken nutzt, und in einen anderen Teil, dem dies nicht möglich ist oder der ihnen ablehnend gegenüber steht („digitale Teilung“, „digital divide“), unbedingt vermieden werden muss. Eine solche Kluft ist mit politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nachteilen verbunden. Der Internetzugang sollte so normal und verbreitet sein wie ein Telefonanschluss. Für die Junge Union steht deshalb der konsequente Abbau von technischen und psychologischen Zugangshürden (E-Barriers) im Mittelpunkt ihrer Netzpolitik:

### **1. Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Internetversorgung**

Der grundgesetzlich verankerte Infrastruktursicherungsauftrag verpflichtet den Bund sicherzustellen, dass die Bevölkerung mit ausreichend Kommunikationsdiensten versorgt wird. Den digitalen Neuerungen und den

damit verbundenen Risiken muss jetzt Rechnung getragen werden. Deshalb fordert die Junge Union, den Infrastruktursicherungsauftrag der digitalen Entwicklung anzupassen und ihn entsprechend zu erweitern. Ohne sich auf bestimmte Übertragungstechniken zu beschränken, sind dabei folgende Prinzipien zu beachten:

**Verfügbarkeit:** Alle erforderlichen Dienste müssen auf hohem technischen Niveau in ganz Deutschland und für jeden verfügbar sein.

Die Übertragungsgeschwindigkeit im Internet ist für viele wichtige Anwendungen noch zu langsam. Bisher wird fast ausnahmslos das analoge schmalbandige Fernsprechnetz und die digitale Übertragung mittels ISDN-Technik benutzt. Neue Techniken mit hohen Bandbreiten zur Datenübertragung wie DSL (Digital Subscriber Line), UMTS (Universal Mobile Telecommunications System), Breitbandkabel oder PLC (Powerline Communications) müssen so schnell wie möglich zum Einsatz kommen.

Die Bundesregierung ist dazu aufgefordert, die Entwicklung von digitalem Fernsehen und innovativen Hochleistungsnetzen (optische Netze, Funknetze, UMTS) gezielt durch die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen (Recht, Steuern) zu fördern. Mit der flächendeckenden Verfügbarkeit von vielen konkurrierenden Zugangsmöglichkeiten fällt automatisch auch das faktische Monopol auf der sogenannten „letzten Meile“ im Festnetz weg.

Wohnen im ländlichen Raum darf nicht zum Ausschluss von den neuen Übertragungswegen führen.

Die Junge Union fordert eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) dahingehend, dass die Durchleitungsgebühren für Online-Dienstanbieter (AfOD) nicht nur auf Minutenbasis reguliert werden, sondern auch auf einer pauschalen monatlichen Basis (Flatrate).

Schon bald werden wesentlich mehr Internet-IP-Adressen benötigt als vorhanden sind. Um einer Verknappung vorzubeugen und einen damit verbundenen Innovationsstau zu vermeiden, ist ein zügiger Übergang zur Version 6 des Internet-Protokolls (Ipv6) notwendig, um eine Vergrößerung der Anzahl der vergebaren Internetadressen zu bewirken, ebenso muss die Bundesregierung die Interessen Deutschlands bei der Domainvergabe, z.B. gegenüber ICANN, vertreten.

## **2. Rechtliche Rahmen an Entwicklung anpassen**

Mit der frühzeitigen Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Entwicklung der Informationsgesellschaft durch das Informations- und Kommunikationsdienstegesetz hat Deutschland unter Führung der CDU/CSU 1997 international eine Vorreiterrolle eingenommen. Auf dem Weg in das Informationszeitalter müssen weitere rechtliche Rahmenbedingungen den Besonderheiten einer vernetzten Welt angepasst werden. In vielen Bereichen bedeuten Rechtsunsicherheit und Wettbewerbsverzerrungen einen Standortnachteil für deutsche Unternehmen. Das Ziel muss die Beibehaltung der "Freihandelszone Internet" sein, wie es das WTO-Moratorium vorsieht.

Die Junge Union fordert

- im Internet gehandelte immaterielle Güter so lange von der Umsatzsteuer freizustellen, wie es keine europa- oder gar weltweite Harmonisierung in diesem Bereich gibt;
- zur Herstellung von mehr Marken- und Patenttransparenz kostengünstigere Recherche-Möglichkeiten beim Deutschen Marken- und Patentamt
- die Schaffung international einheitlicher Regeln auf Ebene der OECD bzw. der WTO beim Datenschutz, bei der Verbindlichkeit der "Digitalen Signatur" sowie beim Urheberschutz und verwandter Schutzrechte der Informationsgesellschaft;
- klare Regelungen zur Verhinderung gewerbsmäßiger Abmahnungen;
- Mindeststandards für Signaturverfahren, die heute noch nicht durch das Signaturengesetz geregelt sind unter Beteiligung der Industrie;
- die Aufhebung bestehender internationaler Handelsbeschränkungen (Wassenaar Abkommen) für Verschlüsselungssoftware um sichere Onlinetransaktionen zu gewährleisten;
- die Abschaffung oder Änderung von Rabattgesetz und Zugabeverordnung, so dass auch neuartige Verkaufsformen im Internet (Powershopping oder Auktionen) künftig rechtlich zulässig sind.
- die Bundesregierung auf, die Pläne für eine Urheberrechts-Abgabe auf elektronische Geräte fallenzulassen. Statt dessen soll die Entwicklung von innovativen Verfahren unterstützt werden, die ein mehrmaliges Kopieren von Daten verhindern. Auch die Idee des Micropicing, bei dem den Verbrauchern für die Nutzung bestimmter Produkte und Dienstleistungen Kleinstbeträge in Rechnung gestellt werden sollen, soll vorangetrieben werden.
- eine Änderung des Steuerrechts im Bereich der Nutzung von neuen Medien. Nach geltendem Steuerrecht unterliegen elektronische Publikationen dem normalen Umsatzsteuersatz von 16 v. H. (§ 12 Abs. 1 UstG), weil es sich hierbei nach jetziger Definition um Dienstleistungen handelt. Diese

elektronischen Publikationen sollten jedoch nicht länger als Dienstleistungen definiert werden, sondern vielmehr als modern Form von Druckerzeugnissen beschrieben werden. Deshalb ist es nur logisch und fair diese elektronischen Publikationen zukünftig mit dem reduzierten Umsatzsteuersatz von 7 v. H. zu belasten, und dadurch eine Wettbewerbsgleichheit zu schaffen.

### **3. Gezielte Maßnahmen für mehr Internet in Deutschland**

#### **"Internet für alle"-Programmpaket auflegen**

Für eine stärkere Verbreitung des Internets in Deutschland nach dem Motto "Internet für alle" sind - wie in anderen Ländern zum Teil schon realisiert - enorme Anstrengungen notwendig. Im Volumen können die Maßnahmen den jährlichen Zinsminderausgaben entsprechen, die durch die Schuldentilgung mit den Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Frequenzen erzielt worden sind.

Die Junge Union fordert die Bundesregierung dazu auf, ein Maßnahmen-Paket zum Zwecke einer stärkeren Internetverbreitung und Internetnutzung vorzulegen. Dabei müssen auch Anreize für den privaten Sektor erzeugt werden, den Staat bei der Überwindung des Phänomens der "digitalen Teilung" („digital divide“) zu unterstützen. Wir brauchen mehr Unternehmen und Verbände, die eigene Initiativen starten oder sich an anderen beteiligen.

Die Junge Union schlägt folgende Maßnahmen innerhalb dieses Programms vor:

- Einrichtung öffentlicher Internetterminals zum preisgünstigen Gebrauch - vergleichbar der Einrichtung von öffentlichen Telefonzellen - in Rathäusern, Museen, Arbeitsämtern, Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Altenheimen, Bahnhöfen und auf anderen öffentlichen Plätzen;
- weitere Förderung von Entwicklung und Einsatz sicherer Verschlüsselungsverfahren zur Verbesserung der Datensicherheit;
- Aufklärung der Bevölkerung und der Unternehmen über Sicherheitsrisiken sowie werben für Chancen und Möglichkeiten des Netzes.
- Einrichtung von Distributionsnetzwerken für ausrangierte, aber internetfähige Rechner, so dass für eine rasche Verbreitung dieses Mediums gesorgt werden kann.
- Ermöglichung des Vertriebs von PCs alleine durch Werbung und Kosten für den Endverbraucher durch Abschaffung der Zugabeverordnung. Außerdem fordert die Junge Union die Bundesregierung auf, Pläne für die Einführung einer „Surfsteuer am Arbeitsplatz“ zurückzunehmen. Eine solche zusätzliche, finanzielle Belastung der Arbeitnehmer wäre kontraproduktiv und nicht praktikabel.
- Die Steuerfreiheit der zur Verfügungstellung von EDV-Ausstattung und Internetanschluss durch den Arbeitgeber für Arbeitnehmer.

### **4. Internetkriminalität national und international bekämpfen**

Für den Umgang mit - pornografischen, kriminellen, rassistischen und politisch extremistischen - Inhalten im Internet und Praktiken des wirtschaftlichen Missbrauchs müssen Mechanismen auf internationaler Ebene geschaffen werden, die diesen wirkungsvoll begegnen können. Die Polizei soll spezielle Einheiten zu CyberCops ausbilden, die in der Lage sind, Kriminalität im Internet effektiv zu bekämpfen und Cyberterrorismus zu unterbinden. Es ist zu prüfen, ob solche Aufgaben im Rahmen von Europol angesiedelt werden können.

Der Rechtsstaat der offline besteht, muss sich auch online durchsetzen. Straftaten, Anstiftung oder Beihilfe in oder durch Medien müssen daher nach bestehenden Regelungen behandelt werden. Internationale Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen von Europol, ist daher notwendig.

Angesichts häufiger Hacker- und Viren-Angriffe auf staatliche Institutionen und Unternehmen müssen die Strafverfolgungsbehörden in jedem Bundesland für die Bekämpfung der Kriminalität im Internet fit gemacht werden - sowohl personell als auch technisch. Grundsätzlich soll das Bundeskriminalamt für die Verfolgung und Bekämpfung derartiger Angriffe auf die Institutionen der öffentlichen Hand verantwortlich sein. Auf supranationaler Ebene muss dringend eine koordinierte Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität stattfinden. Die Junge Union fordert vor dem Hintergrund der sprunghaft angestiegenen Internetkriminalität, die Arbeiten innerhalb des Europarats zur Schaffung eines Übereinkommens über Datennetzkriminalität (Convention on Crime in Cyber Space) schnellstmöglich zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

## **5. Jugend schützen**

In den konvergierenden Medien müssen neue Formen des Jugendschutzes eingesetzt werden. Die technologische Entwicklung darf nicht zu einer Senkung deutscher Schutzstandards führen. Die Junge Union fordert, Anbieter jugendgefährdender Inhalte zu verpflichten, ein wirkungsvolles „Altersüberprüfungs-System“ einzurichten. Dieses ist zweckmäßigerweise mit den Möglichkeiten der Digitalen Signatur zu verbinden. Bei Nichtbeachtung dieser Verpflichtung müssen die Anbieter sanktioniert werden können.

Der Staat muss durch entsprechende Maßnahmen darauf hinwirken, dass Eltern ihre Erziehungspflichten wieder verstärkt wahrnehmen. Zur Erarbeitung konkreter Maßnahmen schlägt die Junge Union die Einrichtung einer Kommission „Jugendschutz im Medienzeitalter“ vor.

Im schwer kontrollierbaren Internet müssen neue Formen des Jugendschutzes eingesetzt werden. Die technologische Entwicklung darf nicht zu einer Senkung deutscher Schutzstandards führen. Soweit möglich muss dabei auf freiwillige Selbstverpflichtungen gesetzt werden. Die Junge Union fordert, Anbieter jugendgefährdender Inhalte zu verpflichten, ein wirkungsvolles „Altersüberprüfungs-System“ einzurichten. Bei Nichtbeachtung dieser Verpflichtung müssen die Anbieter mit einer Sperrung ihres Angebots sanktioniert werden können.

## **6. Internetdienst- und Softwareanbieter in die Verantwortung mit einbeziehen**

Zur Vermeidung von Internetkriminalität und Gewährleistung eines effizienteren Jugendschutzes müssen Internetdienstanbieter und Softwarefirmen verpflichtet werden. Anbieter weitverbreiteter Mailclients und Browser müssen ihre Produkte in diesem Sinne weiterentwickeln und Schutzmechanismen einbauen. Eine Möglichkeit hier einen Anreiz für die Firmen zu schaffen, wäre eine Zertifizierung als besonders sicherer Anbieter oder für besonders sichere Anwendung einzuführen.

# **D Rundfunk - Ein Bekenntnis zum dualen System**

Deutschland besitzt ein qualitativ hochwertiges öffentlich-rechtliches Rundfunkprogramm und ein vielfältiges privates Medienangebot. Der besondere Status des öffentlichen Rundfunks ist von der Überzeugung geprägt, dass Rundfunk ein Publikationsmittel und Nachrichtenträger ersten Ranges war und ist, das weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert sein darf. Die Gewährleistung der Rundfunkfreiheit ist und bleibt Staatsaufgabe.

Die Junge Union bekennt sich zu der dualen Rundfunkordnung in Deutschland. Die Junge Union ist überzeugt, dass der Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine freie individuelle und öffentliche Meinungsbildung sichert. Von dieser Freiheit wiederum hängen Persönlichkeitsentfaltung und Demokratie ab. Gleichzeitig darf dieses Verständnis jedoch nicht dazu führen, das ein durch die Allgemeinheit finanziertes Fernsehen mit den privaten Anbietern in Bereichen konkurriert, die private Angebote selber in hinreichendem Maße ausfüllen.

## **1. Öffentlich-rechtlichen Grundversorgungsauftrag definieren**

In den letzten Jahren hat durch neue TV-Spartenprogramme, neue Hörfunkprogramme, Onlineangebote und verschiedene kommerzielle Aktivitäten eine starke Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Angebots stattgefunden. Mittels neuer digitaler Verbreitungsmöglichkeiten wäre eine weitere Ausbreitung technisch möglich. Mit Rücksicht auf dadurch drohende weitere Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten der privaten Medienunternehmen, im Hinblick auf die bereits hohe monatliche Gebührenbelastung für den Bürger sowie zur Sicherung des Fortbestehens des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fordert die Junge Union, dass der öffentlich-rechtliche Grundversorgungsauftrag in einem Staatsvertrag qualitativ und quantitativ eindeutig definiert wird.

Die Einhaltung der zu bestimmenden Grenzen für die öffentlich-rechtlichen Anstalten muss überprüft werden. Die Junge Union fordert deshalb, der formell unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) das Recht zu dieser Überprüfung einzuräumen. Eine Überschreitung des Grundversorgungsauftrags würde dann bei der Ermittlung des Finanzbedarfs ihren Niederschlag finden.

### **a) Qualitativer Anspruch**

Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten müssen ihr Programm nicht nach der Zuschauerquote, sondern nach dem Informationsauftrag, der Vermittlung von Kultur und Werten und an ihrem Bildungsauftrag ausrichten. Der umfassende Qualitätsanspruch für das öffentlich-rechtliche Programm lässt sich mit folgenden Anforderungen präzisieren:

Die Junge Union verbindet mit einer qualitativen Grundversorgung seriöse, gut recherchierte Information, keine reißerische Sensationsberichterstattung; Bildung, Politik, Kultur, Sport, Unterhaltung und Zeitgeschehen als maßgeblichen Bestandteil des Programms; Distanz gegenüber Sex-, Extremismus- und Gewaltdarstellungen;

### **b) Regionale Berichterstattung ausbauen**

Die Junge Union fordert die zehn ARD-Sendeanstalten, sowie das ZDF dazu auf, über ihre Programme die regionale Berichterstattung auszubauen. Dabei ist auf einen Finanzausgleich gänzlich zu verzichten. (Der Finanzbedarf einer jeden Sendeanstalt ist individuell zu ermitteln und im jeweiligen Sendegebiet getrennt und unabhängig voneinander zu erheben. Somit wird Kostentransparenz einer jeden Sendeanstalt gegenüber dem Bürger geschaffen.) Sollte eine Sendeanstalt nicht in der Lage sein, sich finanzieren zu können, sollte ihr der Anschluss an eine größere Sendeanstalt möglich sein.

Die Junge Union spricht sich gegen die Zulassung weiterer Spartenkanäle des öffentlichen Rundfunks aus. Im Hörfunkbereich sollten aus Kostengründen möglichst viele Programme verschiedener Sendeanstalten zusammengelegt werden, die dann durch Regionalfenster ergänzt werden können. Gleichzeitig werden die Landesregierungen aufgefordert privaten Radiosendern die notwendigen Frequenzen zur Verfügung zu stellen.

## **2. Zurückhaltung bei weiteren Werbeverböten und Werbeeinschränkungen für**

### **Private**

Abgesehen von Pay-TV finanzieren sich die privaten Medienangebote ausschließlich über Werbung. Werbung ist aus Sicht der Jungen Union ein notwendiger Bestandteil einer freiheitlichen und dynamischen Wirtschaftsordnung. Die Rolle der Medien als Werbeträger und -vermittler wird aber um so schwächer, je mehr Werbeverbote und Werbeeinschränkungen durch die Politik verhängt werden. Nach vorliegenden Schätzungen sind in Deutschland Werbeeinnahmen von fast sieben Milliarden Mark durch Verbote bedroht. Dabei ist zu beachten, dass Werbeverbote und -einschränkungen öffentlich-rechtliche Anstalten und Private ungleich betreffen, da sich öffentlich-rechtliche Programme nur zu einem geringen Prozentsatz über Werbung finanzieren.

Mehr Werbebeschränkungen bei den Privaten bedeuten folglich mehr Wettbewerbsverzerrung, eine Beeinträchtigung der Medienvielfalt, eine verlangsamte Weiterentwicklung des Medienstandortes und letztendlich den Abbau von Arbeitsplätzen. Werbung darf deshalb nur dann beschränkt werden, wenn sie ordnungspolitisch zwingend notwendig und sachlich begründet ist. Nach dem Tabakwerbeverbot stehen zurzeit Werbeeinschränkungen für Alkohol und Autos zur Diskussion. Ein Zusammenhang zwischen Werbung für alkoholhaltige Getränke und stärkerem Konsum konnte bisher nicht belegt werden. Der Alkoholkonsum ist bei Jugendlichen in den letzten Jahre stetig gesunken. Ein Zusammenhang zwischen der bereits mit Restriktionen belegten Autowerbung und Unglücksfällen im Straßenverkehr ist abwegig. Eine "experimentelle" Politik in diesem für die Meinungsvielfalt sensiblen Sektor ist nicht angebracht.

Die Junge Union spricht sich aus diesen Gründen gegen weitere Werbeeinschränkungen in der Alkohol- und Autowerbung aus.

Werbebeschränkungen haben nur dort ihren Sinn, wo als Zielgruppe Minderjährige feststehen, also Werbeblöcke im Umfeld von oder während der Kindersendungen. Der Lebenswirklichkeit widerspricht es, dass Eltern eine voll umfängliche Kontrolle über den Medienkonsum ihrer Kinder gewährleisten können. Aus diesem Grund befürwortet die Junge Union einen effektiven Jugend- und Kinderschutz nicht nur im Rahmen der eigentlichen TV-Programme, sondern auch für Inhalt und Form von Werbung.

Die Junge Union spricht sich dafür aus, dass sog. virtuelle Werbung (digitales Aufbringen von Werbebotschaften auf reale Flächen oder Gegenstände in Echtzeit) gesetzlich ermöglicht werden soll. Allerdings ist vor einer Sendung, in der diese Technik eingesetzt wird, der Zuschauer zu informieren, analog zu den Hinweisen über die Altersgeeignetheit von Sendungen.

### **3. Rundfunkgebühren durch eine Infrastrukturabgabe ersetzen**

Der öffentlich-rechtliche Grundversorgungsauftrag muss durch eine stabile und staatsferne Finanzierungsquelle gesichert bleiben. Die derzeitige gerätebezogene Gebührenpflicht wird aufgrund der digitalen Konvergenz immer weniger praktikabel sein. Nur durch eine Ausnahmeregelung wird bis Ende 2003 der Computer, der Rundfunkprogramme empfangen kann, von der Gebühr ausgenommen; danach müsste auch das internetfähige Mobiltelefon von der Gebührenpflicht erfasst werden. Darüber hinaus verleitet die bisherige Art der Gebührenerhebung zu "Schwarzsehen" und damit zu Ungerechtigkeiten. Bei der Einführung der Rundfunkgebühr besaßen noch viele Haushalte kein Empfangsgerät. Heute verfügen 98 Prozent der Haushalte über einen Fernseher.

Die Junge Union fordert die Länder auf, die bisherige Rundfunkgebühr abzuschaffen und durch eine Infrastrukturabgabe zu ersetzen. Mit dieser Infrastrukturabgabe, die den Begriff "Rundfunk" aus Gründen der digitalen Konvergenz nicht mehr enthält, sollen die Ausgaben für den Bereich der öffentlichen Bereitstellung von Rundfunk, Fernsehen und Netzwerken abgedeckt werden. Die Abgabe wäre von jedem Haushalt abzuführen, wobei Schüler, Auszubildende, Studenten, Behinderte und soziale Härtefälle freigestellt werden sollen.

Um die hohe Gesamtbelastung der Bevölkerung durch Steuern und Abgaben nicht noch weiter zu erhöhen, darf künftig der Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht die durchschnittliche Teuerungsrate übersteigen. Trotz Einsparmaßnahmen wird die monatliche Gebühr ab 2001 um 3,33 Mark steigen. Weitere Einsparpotentiale ergeben sich aus einem eng zu definierenden qualitativen und quantitativen Grundversorgungsauftrag und durch eine stärkere Zusammenarbeit der Sendeanstalten. Eingesparte Mittel dürfen nicht für einen Ausbau des verbleibenden Programmumfangs verwendet werden, sondern müssen zu einer Senkung der Gebühren führen.

### **4. Auslandsrundfunk (Deutsche Welle) stärken**

Der Deutschen Welle (DW) als Auslandsrundfunksender der Bundesrepublik Deutschland kommt eine steigende Bedeutung zu. Der Auslandsrundfunk ist der einzige Rundfunkbereich, den ein freiheitlicher Staat zwingend als Staatsaufgabe wahrnehmen muss. Das politische und wirtschaftliche Gewicht unseres Landes in Europa und der ganzen Welt ist nach der friedlichen Wiedervereinigung gewachsen. Die Außendarstellung Deutschlands mit den Medien Fernsehen, Hörfunk und Internet hat gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung einen besonderen Stellenwert - nicht zuletzt im internationalen Standortwettbewerb.

Die Junge Union hält es daher für unerlässlich, auch zukünftig Menschen in aller Welt über Kultur, Wirtschaft und Politik Deutschlands zu informieren. Als "Stimme der Freiheit" erfüllt die Deutsche Welle in Ländern ohne oder mit eingeschränkter Presse- und Informationsfreiheit eine wichtige Aufgabe.

Das Angebot der Deutschen Welle ist im Bereich Radio und Fernsehen daher auszuweiten und zu verbessern. Einschnitte in den Etat der Deutschen Welle lehnt die Junge Union ab. Als modernes Programmunternehmen ist die Deutsche Welle im Interesse ihrer Planungs- und Investitionssicherheit auf eine auftragsangemessene und berechenbare Finanzierung angewiesen.

Die Junge Union lehnt jede Einflussnahme der Bundesregierung auf Programmgestaltung und -inhalte entschieden ab.

## **E Wissen - Produktionskraft der Zukunft**

Der Einsatz der modernen Informations- und Telekommunikationstechnologie eröffnet dem Bildungswesen eine Vielzahl von Chancen. Mit den Neuen Medien werden uns, der jungen Generation, viele Möglichkeiten eröffnet, die es zu nutzen gilt. Die neuen Möglichkeiten des Lernenden, praktisch jede Information aus internationalen Datennetzen abzurufen und weltweit mit jedem Partner zu kommunizieren, wird als neue Lernkultur Einzug in unsere Gesellschaft halten.

Wissen ist die Produktionskraft der Zukunft. Ein hoher Bildungs- und Ausbildungsstandard ist heute mehr denn je die wesentliche Voraussetzung, um auf dem Arbeitsmarkt von morgen zu bestehen.

Unser Ziel muss sein, die heranwachsende Generation auf ein Leben in der Informationsgesellschaft, im Beruf wie in der Freizeit, vorzubereiten. Dies erfolgt ohne alle anderen Altersstufen und -schichten

unberücksichtigt zu lassen. Die Menschen müssen kompetent mit den Medien umzugehen verstehen. In der Informationsgesellschaft muss der Mensch und nicht die Technik im Mittelpunkt stehen. Deshalb steigen die Anforderungen an unser Bildungswesen dramatisch.

Wir müssen

- für die notwendige Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Hardware, Software und Netzanschluss sorgen;
- die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich der Neuen Medien veranlassen und verstärken und deren frühzeitige und qualitative Ausbildung bereits im Studium verankern;
- den praxisnahen, bedarfs- und berufsgerechten sinnvollen Einsatz von Multimedia und Telekommunikation im Unterricht sicherstellen;
- an den Hochschulen den Einsatz von Multimedia und virtuellen Bildungsangeboten in Forschung, Lehre und Hochschulverwaltungen vorantreiben;
- den Auf- und Ausbau von virtuellen Hochschulen beschleunigen.

Allerdings können Schule und Hochschule diese Aufgabe nicht alleine lösen. Jeder ist gefordert, angefangen von den Eltern, über die Bildungseinrichtungen und die Erwachsenenbildung bis hin zu den Anbietern von Diensten und Informationen. Auch die Schulen müssen in gemeinsamer Anstrengung ihren Teil beitragen.

Wir fordern, dass sich auch die Schulen den neuen Aufgaben stellen. Die informationstechnische Bildung muss zum festen Bestandteil der Lehrpläne werden und die Verantwortlichen müssen schnellstmöglich ein umfassendes Gesamtkonzept der Medienerziehung erarbeiten. Dabei ist die informationstechnische Ausbildung nicht auf die Leitfächer beschränkt. Andere Fächer können und sollen einbezogen werden. So werden Ziele der informationstechnischen Grundbildung auch dadurch vermittelt, dass neue Medien im Unterricht als Hilfsmittel des Lehrers verwendet werden.

Die Weiterentwicklung der Fachdidaktik verschiedener Fächer in der Schule kann auf das Werkzeug Computer kaum noch verzichten, um den Schülerinnen und Schülern einen vertrauten Umgang mit den Informationstechniken zu vermitteln, der für ihr späteres Berufsleben unverzichtbar ist. Multimedia muss den Einsatz klassischer Medien mit dem Computer verbinden und durch Interaktion schülergerechtere Lernformen ermöglichen.

## **1. Bildungsauftrag Informationstechnik & Medienkompetenz**

Die informationstechnische Grundbildung für alle Schüler muss verpflichtend eingeführt und integraler Bestandteil der einschlägigen Lehrpläne werden. Darüber hinaus gilt es, Informatik an Schulen aller Schularten anzubieten.

Grundlegende Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen bleiben aber weiterhin vorrangiger Bildungsauftrag, diese werden um eine informations- und kommunikationstechnische Grundbildung ergänzt. Zu den unerlässlichen Erfahrungen, die das Bildungssystem vermitteln muss gehören nach Auffassung der Jungen Union insbesondere auch die sozialen Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, die oft als Schlüsselqualifikationen bezeichnet werden. Sie sind auch für die Arbeit mit dem Internet zentrale Voraussetzungen. Dies gilt insbesondere für Kommunikation, bei der die eigene Schule oder gar das eigene Land und der eigene Kulturkreis überschritten wird. Hier eröffnen die Neuen Medien auch Lernchancen für interkulturelles Lernen.

Lernprozesse müssen neu systematisiert werden. Zwar erfordert der Umgang mit den Neuen Medien ein erhöhtes Maß an Selbständigkeit bei den Schülern, doch die Hinführung wird auch hier durch die Lehrer erfolgen müssen. Auch die modernste Hardware nutzt nichts ohne eine hochwertige, pädagogischen Bedürfnissen angepasste Software. Nutzerfreundliche interaktive Lernprogramme können dem einzelnen Schüler Verständnishilfen eröffnen und in einer Weise zu problemlösender Eigentätigkeit anregen, wie es sonst vielleicht nur ein aufwändiger Einzelunterricht bieten könnte.

Die Neuen Medien eignen sich für die Verbesserung der Unterrichtsqualität, da sie neue Präsentationsformen bieten. Es eröffnen sich Möglichkeiten der Visualisierung und Kommunikation, auch per E-Mail oder in Diskussionsforen im Fachunterricht. Notebook, Beamer oder Screen bieten auch Schülern neue Anreize, eigenständig erarbeitete Ergebnisse zu präsentieren. Die Junge Union fordert deshalb, Pilotprojekte zur Erprobung von berufsspezifischer Software und praxisgerechten Materialien zur Nutzung der Neuen Medien im Schulalltag.

Um den skizzierten modernen Unterricht zu gewährleisten, brauchen die Schulen eine zeitgemäße technische Ausstattung. Staat und Kommunen dürfen darin nicht nachlassen. Die Kommunen sowie

entsprechende Unternehmen müssen zeigen, dass sie in der Lage sind, die Ausstattung, die laufende Betreuung und die Wartung auf- und auszubauen. Die Junge Union Deutschlands spricht sich in diesem Zusammenhang für eine erweiterte „Public-Private-Partnership“ aus, die eine dauerhafte Finanzierung der nötigen Ausstattung in allen Schularten sichert. Unser Ziel muss es sein, alle Schulen mit ausreichenden Internetzugängen auszustatten.

In Anlehnung an die im Aufbau befindlichen virtuellen Universitäten fordert die Junge Union den Aufbau einer Deutschen-Internet-Schule. Ähnlich wie an den Modellversuchen der Hochschulen muss es möglich sein, z. B. das Abitur ähnlich dem Abendgymnasium per Internet nachzuholen.

Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, Sondermittel für die Virtualisierung der Hochschul-Bibliotheken zur Verfügung zu stellen. Insbesondere müssen künftig - wo dies technisch möglich ist - Abos wissenschaftlicher Zeitungen auch auf CD-ROM oder zum direkten Abruf im Internet neben der gedruckten Version bezogen werden.

## **2. Kooperation mit der Privatwirtschaft**

Trotz der beschriebenen notwendigen Initiativen steht allerdings fest, dass das Ziel einer modernen und aktuellen Bildungsstruktur qualitativ und finanziell nicht allein vom Staat geleistet werden kann. Die ständige Aktualisierung der Lehrpläne anhand der technischen Entwicklungen und eine dementsprechende Weiterbildung der Lehrkräfte, sowie die Finanzierung einer auf dem neuesten Stand befindlichen IuK-Infrastruktur ist von dem bestehenden staatlichen Bildungssystem nicht leistbar. Daher ist für die schulische IT-Ausbildung nach alternativen Ausbildungsformen zur fachlichen Integration zu suchen. Dabei sind bereits bestehende Strukturen wie Projekttag oder Wahlunterricht selbstverständlich zu erhalten bzw. auszubauen.

Es ist klar, dass eine Integration der IT-Ausbildung aus oben genannten Gründen nur privatwirtschaftlich organisiert sein kann.

Deshalb fordert die Junge Union die Länder auf, ihre bestehenden staatlichen Schulsysteme um eine private IT-Bildungskomponente zu erweitern. Im Mittelpunkt der Ergänzungsmaßnahme soll das Ziel stehen, bis zur Klassenstufe 8 jeder Schülerin und jedem Schüler den Besuch einer „IuK-Woche“ zu ermöglichen.

Inhaltliches Ziel einer „IuK-Woche“ sollte sein, den Schülern eine Orientierungshilfe in Hinblick auf zukünftige Qualifikationen zu geben. Es geht weniger darum, den Schülern die Funktionsweise einer Suchmaschine zu vermitteln, sondern ihnen in einem praxisorientierten Unterricht das Arbeiten mit modernen IuK-Technologien näherzubringen. Ferner sollten neue Berufsbilder vermittelt, aber auch die herkömmlichen Berufsbilder unter dem Gesichtspunkt der Informationsgesellschaft beleuchtet werden.

## **3. Medienpädagogik ausbauen**

Die Neuen Medien eröffnen viele neue Wege, sie machen aber beileibe nicht überflüssig, was bisher Schule und Unterricht prägte. Entscheidend für den Bildungs- wie auch den Erziehungserfolg der Schule bleibt trotz aller neuen Lehrmittel die Person des Lehrers. Seine Motivation und die Verbesserung seiner Ausbildung sind beim Aufbau einer Wissensgesellschaft die vielleicht wichtigsten Investitionen. Deshalb muss das Lehramtsstudium weiterentwickelt und unter anderem für alle Schularten praxisnäher gestaltet werden.

In der schulinternen und regionalen Lehrerfortbildung muss der medienpädagogische Bereich verstärkt werden: Medienerziehung und Mediendidaktik haben einen zentralen Stellenwert. Die zuständigen Stellen für Lehrerfortbildung und Personalführung müssen dabei auch dezentrale Schulungsprogramme zur Lehrerfortbildung für Telekommunikation und Multimedia durchführen. Die EDV-technische Weiterbildung von Lehrkräften muss nicht durch staatliche Einrichtungen erfolgen. Diese Weiterbildung sollte auf dem freien Markt der Bildungsträger - unter anderem durch Existenzgründer - übernommen werden. Dabei sollen Multiplikatoren und medienpädagogische Berater die Verantwortlichen für die schulinterne Lehrerfortbildung in multimediale Unterrichtsgestaltung einweisen und betreuen. Diese sollen dann ihre eigenen Kollegen für den Einsatz der Neuen Medien im Unterricht schulen.

Selbstverständlich sind auch Lehrerfortbildungsveranstaltungen über Datennetzwerke zu realisieren. Über Videokonferenzsysteme, „tele teaching“ oder das Abrufen von aufgezeichneten Vorträgen sind eine große Zahl von Lehrkräften erreichbar.

Je besser die Lehrkräfte mit den Einsatzbereichen des Computers vertraut sind, desto eher werden sie auch selbst bereit sein, ihn zur Erweiterung ihrer Unterrichtsmethoden einzusetzen.

## 4. Schule als Medienraum

Ob Bildung und Erziehung den zukünftigen Anforderungen gerecht werden, entscheidet sich in der Schule vor Ort. Gerade der fächerübergreifende Projektunterricht beim Einsatz der Neuen Medien bietet neue Chancen für bisher ungenutzte Kooperationsressourcen innerhalb der Schule. Die Integration von Informationstechnik in die Schulkultur kann z.B. durch die gemeinsame Erstellung einer Schul-Homepage oder der Präsentation einer Schule auf CD-ROM gelingen. Dafür gibt es bereits zahlreiche, zum Teil hervorragende Beispiele.

Darüber hinaus fordert die Junge Union:  
Schulnetze

Gleichzeitig müssen viele anwendungsbezogene Pilotprojekte an Schulen gefördert werden. Es genügt nicht, dass Lehrer und Schüler lernen, mit den Neuen Medien umzugehen. Die Neuen Medien sollten auch für einen effizienteren Unterricht sowie zur Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkräfte und die Schüler eingesetzt werden.

Schulserver

Zur inhaltlichen Unterstützung der Arbeit der Schulen müssen deutschlandweit themenbezogene Schulserver als Bestandteile des Internets eingerichtet und an die Schulnetze angeschlossen werden.

In Zukunft muss es möglich sein, dass Schulen praxisgerechte Materialien zur Nutzung der Neuen Medien im Schulalltag erstellen und anderen zur Nutzung anbieten. Dabei könnten folgende Schwerpunkte abgedeckt werden: Neue Medien als Lerngegenstand, Neue Medien als Hilfsmittel für den Unterricht, Neue Medien als Hilfsmittel des Fernlernens in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (tele learning), etc.

Datenbanken

Datenbanken bieten die Möglichkeit, mittels entsprechender Recherchesprachen für eine Fülle von Themenbereichen entsprechende Informationen zu erfragen, auszuwählen und für die weitere Arbeit abzurufen. Insbesondere im wirtschaftlichen und technischen Bereich sind Datenbanken bereits weit verbreitet. In Zukunft gilt es, die Nutzung von kommerziellen Datenbanken für den Schulbereich zu erschließen.

Als weitere Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler an die Verwendung der neuen Informationsmedien heranzuführen, bietet sich die Anschaffung bzw. die Erweiterung der Schulbibliothek zu einem Multimedia- und Online-Informationssystem an. Damit ist auch im Sinne der geforderten Medienerziehung eine Stärkung der Selbständigkeit und der Selbstverantwortung der Schülerinnen und Schüler möglich.

Die Junge Union fordert daher die Öffnung von mit EDV-Ausstattung versehenen Schulräumen auch außerhalb der Schulöffnungszeiten. Die Anschaffungen sind zu hoch, als dass die Möglichkeiten der außerschulischen Nutzung ungenutzt bleiben können. Versicherungsrechtliche Bedenken lassen sich lösen. Betreuung bzw. Aufsicht in dieser Zeit kann durch Eltern oder andere Nichtlehrer erfolgen. Arbeiten und Spielen am PC kann ein gemeinschaftliches Tun sein. Dies ist durch diese Maßnahme möglich und wird daher von der JU gefordert.

## 5. Spitzenforschung im Cyberspace

Auch im Bereich von Hochschulausbildung und Spitzenforschung bieten sich durch Internet und Multimedia neue Chancen. Die zunehmende Vernetzung bewirkt ein enges Zusammenwachsen von Studierenden, Wissenschaftlern und Forschungsteams zu Scientific Communities. Internationale Forschungsprojekte sind unter Einbeziehung neuer Kommunikationsmöglichkeiten viel leichter zu realisieren. So kann sich die Erkenntnisdynamik unbemerkt entwickeln. Der Cyberspace wird zum Ort globaler Forschung, begleitet von einem grundlegenden Wechsel in der Wissenschaftspublizistik. Jeder Forscher kann seine Publikationen mit geringem Aufwand und ohne Kosten zum weltweiten Abruf zur Verfügung stellen. Dies trägt nicht zuletzt zu einem größeren Wissenschaftspluralismus bei.

Wir fordern, dass

- die bestehenden Hochschulen auch virtuelle Bildungsangebote entwickeln. Dazu sollen sich einzelne Hochschulen zusammenschließen und eine gemeinsam getragene virtuelle Hochschule errichten.
- ein spezielles Stipendienwesen für Naturwissenschaften, Technik und Informatik errichtet wird. Damit sollen Studenten der Ingenieur- und Naturwissenschaften gezielter gefördert und zu den Spitzenforschern von morgen ausgebildet werden.
- im Rahmen der virtuellen Hochschule auch ein Ausbildungsziel E-Manager bzw. ein eigener Studiengang E-Commerce gegründet werden.

- die bestehenden Hochschulbibliotheken vernetzt werden und einen virtuellen Zugriff auf wissenschaftliche Literatur ermöglichen.
- ein Elite-IT-Institut mit internationaler und interdisziplinärer Ausrichtung aufgebaut wird, das ein Selbstauswahlrecht für die Studenten und die Rechtsform einer AG besitzt.

## **6. Förderung des Lebenslangen Lernens**

Die Innovationsgeschwindigkeit steigt, die Produktzyklen verkürzen sich - und mit ihnen auch die Verfallszeiten des Gelernten. Die vielzitierte sinkende Halbwertszeit unseres Wissens ist keine Fiktion. Im neuesten Bericht des Club of Rome über die Zukunft der Arbeit wird die Halbwertszeit des Wissens genauer quantifiziert. Danach liegt sie für unser Schulwissen bei 20 Jahren, für das Wissen aus dem Studium bei zehn Jahren und für berufsspezifisches Fachwissen bei fünf Jahren.

Die Hälfte des beruflichen Wissens ist demzufolge bereits nach fünf Jahren überholt und muss laufend aktualisiert werden. Das zwingt alle Beschäftigten zum lebenslangen Weiterlernen.

Im Konzept des Lebenslangen Lernens kommt der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine Schlüsselrolle zu. Sie verbessert die Arbeitsplatzsicherheit und ist Voraussetzung für den beruflichen Aufstieg. Kaum einer wird die erlernte Tätigkeit bis zum Ende seines Berufsleben ausüben. Bereits heute arbeiten rund 40 Prozent aller Fachkräfte nicht mehr in ihrem erlernten Beruf.

Für die berufliche Aus- und Weiterbildung ergeben sich daraus folgende Anforderungen:

Die berufliche Handlungskompetenz muss durch die Medienkompetenz inhaltlich erweitert werden. Es reicht nicht aus, E-Mail, Telebanking, Datenbanken, On-Line-Service, usw. zu kennen, sondern es wird erwartet, dass die dahinterstehenden Möglichkeiten beruflich und privat sinnvoll umgesetzt werden können.

Ein Benutzer der Neuen Medien muss sich durch die Fähigkeit auszeichnen, aus den angebotenen Informationen die richtige Auswahl treffen zu können. Die Lernenden müssen mit den Möglichkeiten von berufsbezogenen Lern- und Simulationsprogrammen vertraut gemacht werden. Die Bereitschaft der jungen Menschen zu einem lebenslangen Lernen muss angebahnt und gefördert werden.

Daher fordert die Junge Union:

- Unternehmen aber auch Angestellten- und Arbeiterkammer sowie Gewerkschaften müssen Mitarbeitern Weiterbildungsangebote im Bereich Neuer Medien im ausreichenden Maße zur Verfügung stellen.
- die Bundesregierung auf, Modelle, wie in anderen europäischen Ländern, steuerlich zu fördern, bei denen Unternehmen ihren Angestellten unabhängig von der Tätigkeit Computer schenken, damit diese sich auch in ihrer Freizeit mit dem Medium auseinandersetzen können und somit den Umgang lernen.

## **F Arbeit**

Der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft birgt die Chance, die hohe Arbeitslosigkeit zu verringern. Regierung und Unternehmen müssen die neuen Herausforderungen entschlossen angehen, damit Deutschland nicht von der internationalen Entwicklung abgehängt wird.

### **1. Internet als Wachstumsmotor nutzen**

Das Internet ist ein enormer Wachstumsmarkt. Jeden Tag steigt die Zahl der Internetnutzer in Deutschland um rund 15.000 Menschen. In einigen Jahren wird über die Hälfte der Bevölkerung Zugang zum Internet haben.

Diese Entwicklungen führen dazu, dass Medienwirtschaft und IT-Branche rasch wachsen und einen großen Bedarf an qualifiziert ausgebildeten Nachwuchskräften haben. Neue Berufe wie Screen-Designer, Multimedia-Entwickler, Multimedia-Info-Broker verdeutlichen die Dynamik in diesem Bereich.

### **2. Verkrustete Rahmenbedingungen optimieren**

Der Bedarf an Eigenkapital ist im Electronic-Commerce sehr viel niedriger als in den traditionellen Wirtschaftsbereichen. Dadurch ist es für junge Existenzgründer sehr viel einfacher ein Unternehmen zu gründen.

Wir fordern deshalb, dass

- der Staat durch die Einrichtung oder Unterstützung kostengünstiger bzw. kostenloser Informationsdatenbanken einen Beitrag zur Kostensenkung leistet. Daten, die der Staat hat, sind entsprechend zu veröffentlichen.
- Hochschulen in der Lehre auf die Existenzgründung vorbereiten
- Existenzgründerlehrstühle an den Hochschulen gegründet bzw. schneller ausgebaut werden und deren Praxisbezug verstärkt wird.
- der Staat durch weitere Deregulierung zum Beispiel auf dem Gebiet des Kündigungsschutzes für eine Verkürzung des Weges von der Idee zur Firma sorgt. Dagegen ist ein aktives Eingreifen in marktwirtschaftlich regelbare Aktivitäten streng zu prüfen um einer Subventionsmentalität vorzubeugen. Daher sollten auch die erfolgreichen Gründerzentren nicht mehr als logistische Unterstützung und Beratungsleistungen erbringen.

### **3. Arbeitswelt modernisieren**

Weitere Chancen ergeben sich durch die Neuorganisation der Arbeit und neue Formen der Arbeit. Telearbeit muss sich außerhalb von Pilotprojekten etablieren. Gerade junge Mütter und Väter könnten durch Telearbeit in Zukunft Familie und Beruf erheblich besser miteinander verbinden.

Deshalb fordert die Junge Union Deutschlands, dass

- Kompetenzzentren für die Entwicklung der Telearbeit und die Vermittlung von Telearbeitsplätzen bzw. -kräften geschaffen werden;
- in Lehre und Ausbildung verstärkt der Sachverstand internationaler Experten einbezogen wird um die Internationalisierung voranzutreiben. Langfristig muss dagegen primär bei einer besseren, zielgerichteten Ausbildung angesetzt werden;
- bereits in der Schulausbildung den Anforderungen in der „Digitalen Marktwirtschaft“ Rechnung getragen wird;
- die Arbeitsämter die neuen Berufsbilder aktiv „vermarkten“;
- rechtliche Fragen (Versicherungsschutz, Mitbestimmung) geklärt werden.

## **G Internet & Politik**

Politische Kommunikation und Partizipation via Internet sind in der Öffentlichkeit bisher kaum ein Thema. Diskutiert werden Virenattacken und Datenschutz, Job-Wunder-New-Media und Internetaktien am Neuen Markt. Die Junge Union wird deshalb dafür eintreten, dass stärker als bisher über das Ob und Wie einer optimalen Einbindung des neuen Mediums in das politische Geschehen und den öffentlichen Bürgerdienst gesprochen wird. Wenn dem Bürger Politik und staatliche Institutionen über das Internet effektiv veranschaulicht werden sollen und er in politische Willensbildungsprozesse interaktiv eingebunden werden soll, dann gelingt dieses Projekt nur, wenn der "digitale Mehrwert" gegenüber den anderen Medien offensichtlich ist.

### **1. E-Demokratie**

Bei der Einführung von Medien wurde auch eine Stärkung der Demokratie erwartet. Ohne Zweifel haben Zeitungen, Radio und Fernsehen die Art und Weise verändert, wie Politik praktiziert wird.

Medien können Mauern brechen helfen und eine Demokratisierung ermöglichen. Jüngste Beispiele wie in China und im ehemaligen Jugoslawien zeigen, dass diktatorische Regime die Meinungsfreiheit des Internet fürchten.

Inwiefern das Internet neben einem bequemeren Leben und höherem wirtschaftlichen Wohlstand auch der Demokratie dienlich sein kann muss sich zeigen. Ebenso ist heute noch nicht abzusehen, ob es durch das Internet langfristig eine Transformation unserer parlamentarischen Demokratie hin zu mehr direkter Partizipation geben wird. Der Erfolg des Internet in diesem Bereich wird entscheidend von dem Angebot abhängen, das sich dem Online-Bürger bietet.

Die Junge Union fordert, dass die politischen Institutionen alle sich im Internet ergebenden Chancen nutzen, um das Vertrauen in Demokratie und Politik zu verbessern. Regierungen, Parlamente, Verwaltung,

Verbände, Initiativen, Politiker und Parteien sind in der Pflicht Online-Angebote zu schaffen, die das Publikum ansprechen.

Das Internet bietet für den Bürger neue Möglichkeiten:

- die Herstellung von Bürgernähe durch individuelle und direkte Information;
- der Transparenz politischer Vorgänge und Entscheidungen;
- zu interaktiven Diskussionen und Beteiligungen;
- der direkten Kontaktaufnahme zu seinen Repräsentanten;
- der Schaffung von Dienstleistungs- und Informationsangeboten, die über Chats, Diskussionslisten oder E-Mail-Verteiler hinausgehen.

## **2. Parteien**

Spätestens seit der Bundestagswahl 1998 haben die Parteien das Internet als neues Medium entdeckt. Bisher wird es vor allem zur Publikation und Information genutzt. Interaktive Elemente für Bürger und Mitglieder sind noch unterentwickelt. Chats und Diskussionsforen werden nur dann langfristig Mehrwert erzeugen, wenn online verfasste Beiträge und Meinungen auf öffentliche politische Debatten Einfluss finden.

Das Internet bietet erstmals die Chance, die Kommunikation zwischen den vielen Ebenen vom Orts- bis zum Bundesverband auf einer Plattform stattfinden zu lassen. Deshalb fordert die Junge Union gerade CDU und CSU dazu auf eine Plattform anzubieten, die allen Verbänden die Möglichkeit eröffnet ihre Inhalte ohne spezifische Programmierkenntnisse und Kostenaufwand in Datenbanken zu veröffentlichen. Der unkoordinierten und ineffektiven Entwicklung einer "virtuellen Parteienlandschaft" darf nicht länger durch Nichthandeln der Bundespartei Vorschub geleistet werden. Durch intelligente Suchoptionen kann sich bei einer solchen Plattform das aktive Parteimitglied über Beschlüsse, Pressemitteilungen, Termine und Erfahrungen anderer Verbände und Ebenen gezielt informieren.

Auch der interessierte Bürger wird dann in der Lage sein sich in einfacher Weise über das breite Spektrum politischer Aktivitäten der Partei eine Meinung bilden zu können. Traditionelle Meinungsführer und -macher wie Presse und Fernsehen erfahren dann eine Konkurrenz, die im Hinblick auf deren starke Stellung in der politischen Meinung ausgleichende Wirkung erzeugen kann.

Verbesserungen im Bereich Wissensmanagement

Alle Ebenen der Parteien wirken auf inhaltlicher Eben durch Beschlüsse und deren Vermittlung nach außen. Es gibt wenig Wissen über die Arbeit der Landes- und Regionalverbände untereinander. Nur der erste Schritt ist die Publizierung im WWW. Folgen muss die Implementierung eines Verfahrens, bei dem zunächst Beschlüsse, Termine und später Presseerklärungen aller Ebenen per Datenbanken gesammelt und den Verbänden wieder zur Verfügung gestellt wird. Ein System, das den Datenfluss gewährleistet und alle Ebenen mit einbindet, ist das Nahziel. Die Daten sollten dezentral aufbereitet werden. Erst als Fernziel solle eine zentrale Datenbank errichtet werden.

Verbesserungen im Bereich PR

Die erfolgreiche Öffentlichkeits- und Verbandsarbeit setzt bei den Verantwortlichen ein Bewusstsein für die Arbeitsweise der elektronischen Medien voraus. Dies erfordert auf Parteiseite die Schaffung einer Infrastruktur, die auf diesen geänderten Bedarf eingeht. So ist auch an gewählte Online-Beauftragte zu denken, deren Verantwortung beginnt bei der Redaktion der Beiträge und endet bei einer verbandsweiten Schulung aller PR-Arbeiter.

Verbesserungen im Bereich Interne Kommunikation

Die Kommunikation von Gremien und Arbeitsgruppen muss an Maßstäben der Industrie ausgerichtet werden. Hier bestimmen schon heute E-Mail, Webmeetings (mehrere PC-Nutzer „treffen“ sich virtuell, mit und ohne Kamera, Telekonferenzen), die Kommunikation am Arbeitsplatz. Leicht einzusparende Kosten für Fahrtkosten, Veranstaltungen, Mailings sollten durch Nutzung der schon heute bestehenden technischen Möglichkeiten zurückgeführt werden. Dies gebietet schon die Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler.

## **3. Parlamente**

Die Arbeit und das tatsächliche Wirken des einzelnen Politikers ist den meisten Bürgern kaum bekannt, wenn er somit keine Spitzenstellung inne hat und nur über herkömmliche Medien präsent ist. Zur Zeit bauen viele Abgeordnete eine eigene Homepage auf. Teilweise werden auch Webagenturen beauftragt individuelle Internetauftritte einzurichten. Dies ist finanziell aufwändig und erfordert anschließend eine kontinuierliche Aktualisierung, die Spezialkenntnisse voraussetzt. Es bestehen folglich Barrieren für Mandatsträger die Möglichkeiten des Internets voll zu nutzen.

Auch hier müssen Plattformen aufgebaut werden, deren Gebrauch nur IT-Grundkenntnisse verlangt und von Abgeordneten und ihren Mitarbeitern direkt mit Inhalt gefüllt werden kann. Der Vorteil solcher Plattformen für den Nutzer ist, Informationen zur Parlamentsarbeit und denen, die sich daran beteiligen, zentral und systematisch finden zu können. Nur auf diese Weise entsteht im parlamentarischen Onlinebereich ein "digitaler Mehrwert" und mehr Anreiz diese politischen Angebote zu nutzen. Die Junge Union fordert Landesparlamente und Bundestag dazu auf, ihren Mitgliedern entsprechende Internet-Plattformen anzubieten.

#### **4. E-Personalausweis mit digitaler Signatur**

Bei vielen Transaktionen im Internet wird bald eine Identifizierung mit der digitalen Signatur verlangt. Es wird in einigen Jahren selbstverständlich sein, dass verbindliche Verträge auch im Internet abgeschlossen werden. Es liegt deshalb nahe, dass der Personalausweis als herkömmliche Form der Identifizierung und die digitale Signatur verbunden werden.

Die Junge Union fordert die Bundesregierung deshalb dazu auf, dass Bürger, möglichst bald ihre Digitale Signatur im Personalausweis erhalten können. Kreditkarten, Führerschein und andere Ausweise sollten ebenfalls in den Personalausweis integrierbar sein. Ziel muss der Personalausweis als „multifunktionale Chipkarte“ sein.

#### **5. Verwaltung**

Das öffentliche Internetangebot muss Vorbildcharakter bekommen und zur Verwaltungsmodernisierung eingesetzt werden. Die meisten Städte und Gemeinden in Deutschland stellen sich im Internet bereits vor. Doch echte und umfassende interaktive Bürgerdienste stecken noch in ihren Anfängen: Kfz-Zulassung, Ummeldung, Parkausweis oder Strom und Wasser zu beantragen ist online selten möglich. Digitale Dienstschalter können aber durchaus zu einer effizienteren und bürgernahen Verwaltung führen.

Der 1998 stattgefundenen Städtewettbewerb des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zum Thema „Medi@-Komm-Städtewettbewerb Multimedia“, der insgesamt sehr erfolgreich war, muss neu aufgelegt werden. Für eine leistungsfähige Verwaltung, müssen entsprechende Förderaktionen des Bundes durchgeführt werden. Darüber hinaus müssen für die Mitarbeiter in den Verwaltungen Weiter- und Fortbildungsangebote im Bereich Internet, Intranet und Extranet angeboten werden (adäquat zur Fortbildung der Lehrer an unseren Schulen in Bezug auf die „Neuen Medien“).

Es darf nicht länger Praxis sein, dass sich Arbeitnehmer für einfache Behördengänge extra Urlaub nehmen müssen, wenn sie ihre Angelegenheiten auch im Internet erledigen könnten. Eine Verlagerung in das Internet bietet neue Möglichkeiten für eine schlanke Verwaltung. Jedes Bundesland könnte eine einheitliche Bürgerdienst-Plattform aufbauen, die Gemeinden, Kreise und Städte nutzen und durch regionsspezifische Ergänzungen vervollständigen können.

Auch in den Ministerien ergeben sich vielfältige Einsatzmöglichkeiten durch die Neuen Medien. Mittelfristig sollte das „papierlose“ Ministerium angestrebt werden, wie es bereits in anderen Staaten existiert. Statt mit Aktenordnern könnte mit Dateien und E-Mails gearbeitet werden.

Die Junge Union fordert die Verwaltung auf, in Kooperation mit privaten Dienstleistern einen umfassenden Bürgerdienst anzubieten - die virtuelle Verwaltung.

Die Junge Union fordert die Verwaltungen in einem ersten Schritt dazu auf, sämtliche Formulare (Anträge, Informationsbroschüren, Formblätter, Gesetze, Verordnungen etc.) im Internet zum Download bereitzustellen, damit diese von den Bürgerinnen und Bürgern Zuhause bearbeitet werden können. Des Weiteren sollten alle Anträge die unter technischen und rechtlichen Gesichtspunkten elektronisch gestellt werden können auch zur Online-Bearbeitung angeboten werden.

Die Einführung elektronischer Angebote und Vertragsabschlüsse im öffentlichen Auftragswesen muss weiter vorangetrieben werden. Erste zaghafte Projekte gibt es bereits. Die Umsetzungsgeschwindigkeit ist jedoch noch zu gering. Um die Nutzung des elektronischen Geschäftsverkehrs durch die Unternehmen zu unterstützen und zu verstärken, fordert die Junge Union, dass Beschaffung, Ausschreibungen und Auftragsvergabe der öffentlichen Hand bundesweit und konsequent im Internet vorgenommen werden. Die Junge Union fordert die konsequente Umstellung des Postverkehrs in öffentlichen Behörden und Ämtern auf E-Mail. Dadurch kann die Effektivität erhöht und viel Geld für Porto, Briefmarken, etc. gespart werden.